



Nachholbedarf: Hessens Straßen sind lange vernachlässigt worden und bedürfen vielerorts einer Erneuerung.

Foto Rainer Wohlfahrt

„Streckung ist eine Streichung“

Zuerst wurden die Straßenbauer von der Politik aufgefordert, Gas zu geben. Jetzt „streckt“ Hessen aus Kostengründen Bau-Projekte. Die Branche ist in Sorge und wendet sich in einem Brief an die Landtagsabgeordneten.

rieb. FRANKFURT. Von bloßem „Strecken“ hat der hessische Verkehrsminister Dieter Posch (FDP) gesprochen, als er Ende Juni ankündigte, im nächsten Jahr 35,2 Millionen Euro beim Straßenbau einzusparen. Die hessische Bauwirtschaft traut aber dem Minister nicht so recht: Die Ankündigung, Baumaßnahmen nur zu strecken, sei nicht glaubwürdig, weil bis zum heutigen Tag nicht verdeutlicht worden sei, wohin gestreckt werden solle, heißt es in einem Brief an die Abgeordneten des Hessischen Landtags.

Verfasst haben ihn Peter Hübner, der Vorstandsvorsitzende des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, Michael Kellermann, der Präsident des Verbandes baugewerblicher Unternehmer Hessen,

und Jochen Wachenfeld-Teschner, der Vorsitzende des Regionalvorstandes Hessen-Thüringen des Deutschen Asphaltverbandes. Sie wollten mit diesem Schreiben auf die „Dramatik der Situation“ aufmerksam machen, begründen sie ihre Aktion.

Im Vertrauen auf die von Minister Posch angekündigten Investitionen hätten die im Straßenbau beteiligten Unternehmen und Ingenieurbüros zum Teil ihr Personal aufgestockt und den Maschinenpark erweitert. Jetzt wolle Posch den Ansatz im Landeshaushalt für 2011 um rund 35 Millionen Euro kürzen. In den Augen der Straßenbauer bedeutet dies nichts anderes als eine Streichung. Dabei müsse doch dringend in das hessische Straßennetz investiert werden, schreiben sie.

Dies habe die Landespolitik in den vergangenen Jahren auch erkannt. In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP aus dem Jahr 2009 sei deshalb ein Zuwachs der Landesmittel für den Straßenbau von 100 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 250 Millionen im Jahr 2013 vorgesehen.

Mit der vor anderthalb Monaten angekündigten Verschiebung von 70 Projekten will Posch die von Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) allen Ministerien auferlegte Einsparauflage von 3,5

Prozent erfüllen. Ausgenommen von der Kürzung sind nur die Bildung und die Sicherheit. Bei knapp der Hälfte der verschobenen Projekte handelt es sich dem Verkehrsminister zufolge um noch nicht in Auftrag gegebene Ortsdurchfahrten. 19 würden auf das Jahr 2011 verschoben, 15 auf 2012. Die Bauindustrie befürchtet, dass es zu weiteren Streichungen und Verschiebungen kommen werde, denn auch der Bund werde voraussichtlich seinen Straßen-Etat kürzen.

Die Bauindustrie beharrt auf der von der Landesregierung angekündigten Steigerung der Ausgaben für den Straßenbau. Sie sei aus „ökologischer und ökonomischer Sicht“ dringend erforderlich, heißt es in dem Brief. Vor kurzem noch, so sagt Jochen Wachenfeld vom Bauunternehmen Wachenfeld, das in Hessen 160 Mitarbeiter im Verkehrswegebau beschäftigt, habe das Land die Branche aufgefordert, Gas zu geben und die Kapazitäten zu erhöhen. Jetzt „schwimme“ die Bauwirtschaft in Unklarheit. Dabei sei vor allem bei der Bestellung der Baustoffe, insbesondere des knappen Bitumens, eine längere Vorplanung notwendig. Die Straßenbauer müssten jetzt ihren Bedarf melden, wüssten aber nicht, wie viel sie bauen könnten.